

Helmut Kohl: Appell an Anstand und Würde

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gab in der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Juni 1993 zur aktuellen Lage der deutsch-türkischen Beziehungen, Bekämpfung von Gewalt und Extremismus sowie zu Maßnahmen für eine verbesserte Integration der Ausländer in Deutschland folgende Erklärung der Bundesregierung ab:

Der mörderische Brandanschlag von Solingen erfüllt uns alle, Deutsche wie Türken, auch heute noch mit Trauer und Entsetzen. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer. In diesem Verbrechen, aber auch in den zahlreichen Brandanschlägen der Folgezeit auf Wohnungen und Geschäftslokale türkischer Mitbürger, kommt ein unfaßbares Maß an sittlicher Verrohung zum Vorschein.

Niemand von uns kann mit Sicherheit sagen, was in den Köpfen der zumeist jugendlichen Täter vorgeht.

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Bundestag

Der Kampf gegen Haß und Gewalt geht jeden an. Rede des Generalsekretärs Peter Hintze. Seite 13

● Agrarpolitik

Für eine Landwirtschaft, die sich im Wettbewerb behaupten kann. Seite 17

● CDU

Aktion des Monats — Ideen sind gefragt. Seite 23—25

● Öffentlichkeitsarbeit

Die Sommerbemittel der Bundesgeschäftsstelle. Seite 26/27

● Dokumentation

Deutschland wächst zusammen. Positive Entwicklungen in den neuen Bundesländern. Grüner Teil

Bundesausschuß verabschiedete Thesenpapier zum Wirtschaftsstandort Deutschland

Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland stand im Mittelpunkt des Bundesausschusses der CDU, der vom Parteivorsitzenden Bundeskanzler Helmut Kohl am Freitag, 18. Juni, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eröffnet wurde. Die Delegierten verabschiedeten ein Thesenpapier zum Wirtschaftsstandort Deutschland, das von einer Kommission unter Leitung von Bundesumweltminister Klaus Töpfer erarbeitet worden ist. Über den sog. „Kleinen Parteitag“ wird der UID in seiner nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

(Fortsetzung von Seite 1)

Es ist jedoch unsere Aufgabe, ja unsere Pflicht, den Ursachen solcher Gewalt mit großer Ehrlichkeit und Offenheit nachzugehen.

Zugleich müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß keine noch so gründliche soziologische oder psychologische Analyse die Realität des Bösen wirklich erfassen kann. Unserer aufgeklärten oder sich für aufgeklärt haltenden Zeit mag diese Feststellung ein Ärgernis sein. Gutes Zureden, Sozialarbeit und Gesprächstherapie sind notwendig, aber sie sind auch nicht alles. Es gibt auch Situationen, in denen an unnachsichtiger Bestrafung und entschlossener Abschreckung kein Weg vorbeiführt.

Ich stimme Richard Schröder, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der letzten Volkskammer, zu, wenn er in diesen Tagen auf dem Evangelischen Kirchentag erklärte, den Brandstiftern sei auch durch leichtfertig geäußerte Staatsverachtung Vorschub geleistet worden.

Die grausame Mordtat von Solingen und was danach geschah darf nicht dazu führen, daß die deutsch-türkischen Beziehungen nachhaltigen Schaden erleiden. In diesem Sinne hat sich auch Staatspräsident Demirel geäußert. Wir sind ihm für dieses besonnene Wort ganz besonders dankbar.

Ich selbst habe gerade vor vier Wochen anlässlich meines Besuches in der Türkei erlebt, wie sehr die gute Tradition der deutsch-türkischen Beziehungen lebendig ist. Ich will noch einmal auch hier vor dem Hohen Hause mit Nachdruck hervorheben, daß die in vielen Jahrzehnten bewährte Freundschaft unserer Völker ein kostbares Gut ist, das wir erhalten wollen.

Unsere Beziehungen haben eine lange Tradition — in der Politik, in der Wissen-

schaft, in der Kultur, nicht zuletzt in der Begegnung zwischen den Menschen. Wir wollen und wir müssen diese bewährte Partnerschaft heute ganz besonders im Bereich der Wirtschaft und der Wissenschaft entschieden ausbauen. Deswegen begrüße ich Vorhaben wie die Gründung einer deutsch-türkischen Handelskammer oder einer türkisch-deutschen Universität in Istanbul.

Vor allem aber müssen die Beziehungen zwischen den Menschen, zwischen Türken und Deutschen, von Freundschaft, von Anstand und von Würde gekennzeichnet sein. Natürlich wissen wir alle, Freundlichkeit und Freundschaft lassen sich nicht verordnen. Leider — dies sage ich auch — tut sich mancher Deutscher mit Freundlichkeit, die aus dem Herzen kommt, gelegentlich schwer. Anstand und Würde sind für manche in unserem Lande zu Fremdworten geworden. Vielleicht sind diese Werte einer falschverstandenen Form von Selbstverwirklichung zum Opfer gefallen, die in Wahrheit nichts anderes ist als eiskalter Egoistenkult.

Im übrigen — die Anmerkung will ich gerne machen — hat Fritz Neumark, einer von denen, die, wie Ernst Reuter und viele andere, in der Türkei während der Nazizeit Zuflucht fanden, in seinem sehr lesenswerten Buch „Zuflucht am Bosphorus“ die überwältigende türkische Gastfreundschaft für vom Nationalsozialismus verfolgte deutsche Gelehrte, Wissenschaftler, Politiker und Künstler beschrieben. Wir sollten uns auch in dieser Stunde dankbar daran erinnern.

Aber zur Ehrlichkeit gehört auch, daß nicht wenige von denen, die jetzt besonders lautstark vom Schaden für die deutsch-türkischen Beziehungen sprechen, sich vor kurzem gar nicht genug daran tun konnten, die Türkei und ihre Regierung herabzusetzen.

Ich spreche hier von dem türkischen Staatspräsidenten Demirel, der vorher Ministerpräsident war und gegen die Diktatur gekämpft hat. Und ich spreche von dem bisherigen türkischen Ministerpräsidenten İnönü, der Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Internationale ist und der unseren ganzen Respekt verdient hat. Das möchte ich hier deutlich hervorgehoben haben.

Es ist viel Heuchelei und Selbstgerechtigkeit am Werk gewesen. Gerade wir Deutschen sind vor dem Hintergrund der Geschichte dieses Jahrhunderts nicht gerade dazu berufen, mit erhobenem Zeigefinger die Welt zu belehren. Niemandem, am wenigsten den Opfern von Menschenrechtsverletzungen, ist geholfen, wenn wir im vereinten Deutschland nach wilhelminischer Manier als moralische Großmacht auftrumpfen.

Wir brauchen Freunde, und wir brauchen sie mehr als andere. Wir erweisen den Interessen unseres Landes einen schlechten Dienst, wenn wir ausgerechnet unsere zuverlässigsten Partner herabsetzen.

Wenn ich dies sage, gilt auch das andere: daß wir alle, die Bundesregierung und dieses Hohe Haus in all seinen Fraktionen, einer konsequenten Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte auch in der Türkei größte Bedeutung beimessen. Dies habe ich auch in meinen Gesprächen mit dem Staatspräsidenten und der Regierung der Türkei deutlich zum Ausdruck gebracht.

- **Ich habe in Ankara allerdings auch erklärt, daß die Bundesregierung das legitime Recht der Türkei anerkennt, sich mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen terroristische Aktivitäten zu verteidigen.**

Ich habe es begrüßt, daß die türkische Regierung in den letzten Jahren eine Reihe von wichtigen Initiativen ergriffen

hat, die auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage und vor allem auch des Schutzes der Minderheiten abzielen. Ich hoffe sehr, daß die Regierung in diesen Fragen gemäß ihrem Programm — und ich nehme an, die neue Regierung wird dieses noch einmal erneuern — bald mit weiteren Fortschritten aufwarten kann. Ich habe Vertrauen zu Staatspräsident Demirel und den von ihm ernannten Persönlichkeiten, daß sie auf diesem Weg bleiben. Wir bleiben im Gespräch auch über die aktuellen Fragen des deutsch-türkischen Verhältnisses.

Im Jahre 1992 haben die Strafverfolgungsbehörden über 12.000 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Straftaten eingeleitet. Dabei ging es in knapp 60 Prozent der Fälle um sogenannte Propagandadelikte wie zum Beispiel Volksverhetzung. Es gab über 11.000 Beschuldigte. Rund 700 Haftbefehle wurden erlassen. Viele der Täter konnten rasch gefaßt werden. Im gleichen Zeitraum wurden über 10.000 teilweise schon früher eingeleitete Verfahren abgeschlossen. Die Gerichte haben rund 1.500 Straftäter wegen extremistischer oder fremdenfeindlicher Straftaten verurteilt, davon ein Drittel zu Jugend- oder Freiheitsstrafen.

Die Staatsanwaltschaften bemühen sich, solche Straftaten so rasch wie möglich zur Anklage zu bringen. Manches Mal — dies ist nachprüfbar — liegen zwischen Tat und Anklageerhebung nur wenige Wochen. Zur Beschleunigung hat zweifelsohne beigetragen, daß bei den meisten Staatsanwaltschaften die Verfolgung extremistischer oder fremdenfeindlicher Straftaten in speziellen Dezernaten konzentriert worden ist.

Die Bundesregierung hat am 2. Dezember des vergangenen Jahres Bundesminister Bohl beauftragt, zusammen mit den Staatssekretären der zuständigen Ressorts

alle Maßnahmen und Planungen der Bundesregierung zur Gewaltverhütung und Gewaltbekämpfung zusammenzufassen. Es geht uns um eine wirksame Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Dabei wurden vier Arbeitsgruppen mit folgenden Schwerpunkten eingerichtet:

1. Gewaltprobleme junger Menschen — hier geht es um Aufklärungskampagnen gegen Extremismus, um Jugendarbeit und um Bildung — ;

2. Integration von Ausländern;

3. Polizei und Verfassungsschutz — hier geht es vor allem um die Prüfung von Verboten und Verwirkungsanträgen sowie um die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern — und

4. Prüfung von Gesetzesänderungen im Strafrecht und im Strafprozeßrecht.

Am 3. Februar dieses Jahres ist im Kabinett ein erster Zwischenbericht vorgelegt worden. Dieser Bericht wurde den Ländern zugeleitet. Er wurde hier veröffentlicht und auch über unsere Auslandsvertretungen öffentlich gemacht. Dieser erste Bericht hat eine sehr zustimmende Resonanz gefunden. Die Diskussion darüber muß mit großer Intensität fortgesetzt werden.

Obwohl dies eine nationale Herausforderung ist, ist hier gemäß unserer Verfassungsordnung an erster Stelle natürlich die Verantwortung der Länder gefragt. Entscheidende Handlungsbereiche, wie Justiz, Polizei, der Erziehungsbereich, Jugend- und Kulturarbeit, liegen weitgehend in der Zuständigkeit der Länder und der Gemeinden. Ich glaube, wir alle spüren in einer besonderen Weise, daß es wenig Sinn hat, Verantwortung hin und her zu schieben.

Es geht um eine gemeinsame Aufgabe.

Aber dabei steht auch unsere föderale Ordnung auf dem Prüfstand. Wer zuständig ist, hat eine besondere Pflicht zum Handeln. Ich will hier für die Bundesregierung noch einmal versichern, daß wir unsererseits alles tun wollen, um die Länder dabei zu unterstützen.

Im Bereich der inneren Sicherheit sind Maßnahmen der Vorbeugung und der Bekämpfung verstärkt worden. Hierzu gehören insbesondere das Sammeln, das Auswerten und das gezielte Weitergeben von Informationen über potentielle Gewalttäter aus der rechtsradikalen Szene.

Zu diesem Zweck wurden die entsprechenden Arbeitseinheiten beim Bundeskriminalamt verstärkt und die Einsatzbereitschaft beim Bundesgrenzschutz erhöht. Einer besseren Beobachtung des Extremismus dient nicht zuletzt die Einrichtung einer Bund-Länder-Informationsgruppe. Auch beim Verfassungsschutz sind die Arbeitseinheiten für die Beobachtung des Rechtsextremismus und terroristischer Tendenzen ausgebaut worden. Der Umfang dieser personellen Maßnahmen stellt außer Zweifel, daß wir den Rechtsextremismus mindestens genauso ernst nehmen wie den Linksextremismus.

● **Bundesminister Seiters hat gegen die „Nationalistische Front“, die „Deutsche Alternative“ sowie die „Nationale Offensive“ Vereinsverbote ausgesprochen. Gegen zwei Neonazis hat die Bundesregierung Anträge auf Verwirkung von Grundrechten gestellt. In allen Bundesländern wird die Partei „Die Republikaner“ inzwischen vom Verfassungsschutz beobachtet.**

Im Straf- und Strafprozeßrecht stehen vier vor wichtigen Gesetzesänderungen. Ich nenne die Erweiterung der Verbote von

Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, die Erweiterung des Strafrahmens für schwere Körperverletzung, die Erweiterung der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts und die Erleichterung der Haftvoraussetzungen. Weitere Maßnahmen müssen nach meiner Überzeugung hinzukommen. Dazu gehört auch eine gesetzliche Regelung für ein länderübergreifendes staatsanwaltschaftliches Informationssystem.

Besonders gefordert sind in diesen Tagen die Polizeibeamten. Zu Recht erwarten diejenigen, die sich bedroht sehen, von ihnen Schutz. Dies gilt für deutsche wie für ausländische Bürger. Gewaltbereite Täter müssen im Vorfeld ermittelt, angesprochen und, wenn möglich, von ihren kriminellen Vorhaben abgebracht werden.

Rassistische, extremistische, ausländerfeindliche Strömungen können vielfach durch den Verfassungsschutz schon in einem frühen Stadium aufgespürt werden. Bei dieser Beobachtung darf es nicht bleiben, wenn auf die zumeist jugendlichen Personen, die sich spontan zu feigen Mord- oder Brandanschlägen entschließen, positiv eingewirkt werden soll.

Solange keine Straftat geschehen ist, sind der Polizei die Hände gebunden, mit dem oft absurden Ergebnis: Sie muß warten, bis es brennt. Die Dinge haben jetzt eine Entwicklung genommen, die ein solches Abwarten nicht mehr erlaubt.

Wir sollten fähig sein, in aller Ruhe, aber in offenen Gesprächen und ohne gegenseitige Vorwürfe über die notwendigen Wege zur Verbesserung dieses unbefriedigenden Zustands nachzudenken. Ich denke dabei etwa an das Thema der Zuständigkeitsabgrenzungen. Sie dürfen keine Barriere für das Zusammenwirken im Kampf gegen die Gewalt sein. Wenn es sich als notwendig erweist, dürfen auch Datenschutzregelungen, die einen

Informationsaustausch zwischen den Behörden verhindern, kein Tabu sein. Ich will morgen mit den Ministerpräsidenten der Länder ein Gespräch auch über diese Fragen führen.

● **Den Polizeibeamten, die tagtäglich in ihrem Einsatz Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt sind, gelten unser besonderer Dank und unsere Anerkennung.**

Aber es muß mehr als bloß verbale Unterstützung sein. Wir alle wissen — ich sage dies mit Bedacht trotz der angespannten Finanzlage in Bund und Ländern —, die Polizei kann ihre schwierige Aufgabe nur bewältigen, wenn sie personell, rechtlich, logistisch und nicht zuletzt im Blick auf ihre Ausbildung hinreichend gerüstet ist. Das heißt — das ist nicht automatisch ein Präzedenzfall für andere Bereiche; das muß gleich hinzugefügt werden —, die Attraktivität des Polizeiberufs muß verbessert werden. Das ist eine Frage der Bezahlung und der personellen und sächlichen Ausstattung.

Besonders wichtig — das gehört in diesen Bericht — ist aber auch, daß den Beamten selber nicht die Motivation für ihre Arbeit genommen wird. Wer beispielsweise von ihnen unter dem Schlagwort der „Deeskalation“ verlangt, daß sie tatenlos zusehen, wie vor ihren Augen Straftaten begangen werden, der deeskalieren nicht; er demotiviert die Beamten und ermutigt zu immer dreisteren Taten. Viele Bürger unseres Landes sind auch beunruhigt über die Gewalttätigkeit auf deutschem Boden zwischen rivalisierenden Extremisten aus der Türkei. Wir müssen auch diese Sorge ernst nehmen. Zugleich will ich jedoch betonen, daß natürlich die allermeisten türkischen Bürger in Deutschland diese Form von Gewalt entschieden ablehnen, ja daß sie mehr noch als andere darunter leiden.

- **Ich begrüße es, daß Deutsche und Ausländer gemeinsam ihren Willen zu einem friedlichen Zusammenleben in der Öffentlichkeit demonstrieren. Leider nutzen kleine Gruppen türkischer Fanatiker diese Demonstrationen dazu, sich untereinander und den Sicherheitskräften Straßenschlachten zu liefern. Sie werden dabei, wie wir es erlebt haben, zum Teil von deutschen Chaoten unterstützt. Sie hinterlassen eine Spur von Verwüstungen und Schäden in Millionenhöhe.**

Wir können davon ausgehen, daß sich von den gut 1,8 Millionen Türken in Deutschland nur annähernd 30.000 — man muß das Zahlenverhältnis wirklich einmal zur Kenntnis nehmen — in extremistischen Vereinigungen organisiert haben. Diese Gruppen sind untereinander zutiefst verfeindet und vor allem drei ideologischen Blöcken zuzuordnen. Man kann davon ausgehen, daß knapp 4.000 Anhänger revolutionär-marxistischer Gruppen, knapp 18.000 extremistische Fundamentalisten und gut 7.000 extreme türkische und kurdische Nationalisten zu verzeichnen sind.

Wenn Sie diese Zahlen hören und in Vergleich zu 1,8 Millionen setzen, erhält man die wirkliche Relation. Aber man gewinnt auch, wenn dieser Staat es will, die Möglichkeit, dagegen entsprechend vorzugehen. Allen diesen extremistischen Gruppen ist eines gemeinsam: daß sie in einem erbitterten Gegensatz zu ihrer eigenen Regierung und zur Verfassung ihres Heimatlands stehen und ihre Ziele dort wie hier mit Gewalt durchsetzen wollen. Die ihnen in der Heimat deswegen oft drohende Strafverfolgung hat in vielen Fällen zu einem Bleiberecht in Deutschland geführt. Dies darf jedoch in gar keinem Fall Freibrief dafür sein, Auseinandersetzungen

untereinander hier bei uns gewalttätig auszutragen.

Dieser Mißachtung unseres Gastrechts muß mit aller Entschiedenheit begegnet werden. Wer bei uns Straftaten begeht, gleich aus welcher politischen oder ideologischen Motivation, muß dafür zur Verantwortung gezogen werden. Wir erwarten von jedem Ausländer, daß er sich an die demokratischen Spielregeln friedlichen menschlichen Zusammenlebens hält. Wer dies nicht tut, muß sich darauf einstellen, aus Deutschland abgeschoben zu werden.

Der Verfassungsauftrag und das Ergebnis der Erfahrungen unserer Geschichte lauten: Wir bieten politisch, rassisch oder religiös Verfolgten Schutz und Aufnahme, aber wir dulden keine Bürgerkriegsschauplätze. Ich darf an die Innenminister der Länder appellieren — ich habe einen entsprechenden Auftrag auch an den Bundesinnenminister gegeben —, gemeinsam alles zu versuchen, um dem verfassungs- und gesetzwidrigen Treiben solcher Extremisten nicht nur besondere Aufmerksamkeit zu widmen, sondern konsequent dagegen vorzugehen.

- **Deutschland ist kein Aufmarschraum für Terroristen und darf es auf keinen Fall werden. Das wollen wir auch für die Zukunft so halten. Wer mit Schußwaffen, mit Messern, mit Baseballschlägern und Steinen Demonstrationen der Anteilnahme und Trauer in Schlachtfelder verwandelt, ist ein krimineller Gewalttäter und muß mit den entsprechenden Konsequenzen rechnen.**

Die Offenheit Deutschlands, unserer Republik, gegenüber der Welt und den hier lebenden Ausländern hat uns nicht zuletzt und vor allem menschlich und kulturell im besten Sinne des Wortes

bereichert. Sie hat uns auch großen wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Ich will nur darauf hinweisen, welche Vorteile unsere exportorientierte Wirtschaft hieraus gezogen hat und in welch einem Umfang unser Bruttosozialprodukt hiervon positiv beeinflusst wurde. Es sind rund 200 Milliarden DM.

- **Die meisten Ausländer, die hier leben und arbeiten, verrichten angelernte und ungelernte Tätigkeiten mit oft schweren körperlichen Anforderungen. Ob in Gaststätten oder Gießereien, im Bergbau oder in der Textilverarbeitung, sie sind aus unserem Arbeitsleben überhaupt nicht hinwegzudenken. Sie gehören zu uns, und sie verdienen auch unsere Anerkennung für diese Leistung und diese Arbeit.**

Ausländer in Deutschland schaffen auch Arbeitsplätze. 88.000 ausländische Selbständige, darunter viele kleine, mittelständische Betriebe, beschäftigen Mitarbeiter. Ein ganz erheblicher Teil davon sind Deutsche. Die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Ausländer werden für das Jahr 1992 auf etwa 90 Milliarden DM geschätzt. Sie sind entschieden höher als die Aufwendungen unseres Staates, die der ausländischen Bevölkerung zugute kommen. Es ist also wahr, daß die bei uns lebenden Ausländer ganz erheblich zum Wohlstand der Deutschen beitragen. Es ist deshalb ein törichtes Gerede, sie fielen uns zur Last.

Natürlich sehe ich in den Ausländern bei uns nicht in erster Linie einen Wirtschaftsfaktor, sondern Mit-Menschen, deren Würde unantastbar ist. Wir fördern — alle Bundesregierungen haben dies getan — seit Jahren die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen. 1993 waren es über 90 Millionen DM für die berufliche und

soziale Integration und die Sozialberatung. Die Schwerpunkte liegen bei der Sprachvermittlung und bei beruflicher Qualifikation. So konnte der „Sprachverband Deutsch“ 1992 für über 80.000 ausländische Arbeitnehmer Sprachkurse anbieten.

Seit Gründung dieses Sprachverbands haben fast eine Million Teilnehmer in von Hunderten von Trägern bundesweit durchgeführten Sprachkursen die Möglichkeit der Erlernung unserer Sprache gehabt. Es gibt spezielle Kurse für Jugendliche und solche für Frauen mit Kinderbetreuung und mit vielen anderen Möglichkeiten, um dem einzelnen zu helfen. Zusätzlich fördert der Bund den Übergang von der Schule in den Beruf sowie binationale Ausbildungsprojekte für junge Ausländer.

Immer mehr Ausländer werden auch ihren Lebensabend bei uns verbringen, so daß ich auch den Hinweis auf die Gruppe der Älteren bei Maßnahmen der Integration für wichtig halte.

Im Bereich der beruflichen Bildung steht ausländischen Arbeitnehmern das Instrumentarium aus dem Arbeitsförderungsgesetz zu.

Ausländer, die sich längere Zeit berechtigt in der Bundesrepublik aufhalten und Opfer einer Gewalttat werden, dürfen nicht schlechter gestellt werden als Deutsche. Die Bundesregierung hat eine entsprechende Änderung des Opferentschädigungsgesetzes vorgeschlagen.

Es ist ein Vorurteil, Deutschland sei kein ausländerfreundliches Land, und es entziehe sich seinen humanitären Verpflichtungen. Ich will diese Gelegenheit vor der Öffentlichkeit unseres Landes, aber auch des Auslands gern einmal nutzen, um die nüchternen Zahlen vorzutragen.

Zur Zeit leben 6,5 Millionen Ausländer in Deutschland, davon 1,3 Millionen Kinder sowie Jugendliche bis 16 Jahre. Die

größte Gruppe der Ausländer stellen die Türken mit einem Anteil von 28 Prozent. Fast 70 Prozent der hier lebenden Türken sind schon seit mehr als 10 Jahren in Deutschland, fast 20 Prozent sogar länger als 20 Jahre. 63 Prozent der hier lebenden Türken sind jünger als 30 Jahre. Mehr als eine halbe Million Türken verfügen über eine Aufenthaltsberechtigung, 370.000 haben eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Am 31. Dezember 1992 befanden sich 1,5 Millionen Flüchtlinge in Deutschland, davon mehr als 300.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die Zahl der Flüchtlinge weltweit wird derzeit auf rund 18 Millionen geschätzt. Das heißt, acht Prozent davon fanden in Deutschland Aufnahme.

Es waren 100.000 Asylberechtigte, 130.000 Familienangehörige von Asylberechtigten, 38.000 sogenannte Kontingentflüchtlinge, das heißt Flüchtlinge, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen wurden.

640.000 Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge sowie sogenannte De-facto-Flüchtlinge, d. h. Personen, die keinen Asylantrag gestellt haben oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber gleichwohl aus humanitären und politischen Gründen nicht abgeschoben werden, fanden Aufnahme. Hinzu kommen 610.000 Asylbewerber.

1992 kamen 440.000 neue Asylbewerber nach Deutschland. Allein von Januar bis Mai 1993 kamen weitere 193.000 hinzu. Der Anteil Deutschlands am Asylbewerberzugang innerhalb der EG betrug 1990 und 1991 noch rund 58 Prozent. 1992 lag er bei 79 Prozent. Der Anteil Deutschlands am Asylbewerberzugang in Westeuropa insgesamt lag 1990 und 1991 bei 47 Prozent, und 1992 betrug er bereits 65 Prozent.

Zu diesen Zahlen gehört auch, daß Bund,

Länder und Gemeinden nach der Einschätzung, die wir gemeinsam vorgenommen haben, 1992 Aufwendungen für ausländische Flüchtlinge in Deutschland in Höhe von 9 Milliarden DM hatten. Ich sage dies — der Zuruf macht dies besonders deutlich —, weil wir nicht den geringsten Grund haben, uns im internationalen Vergleich zu verstecken. Wir leisten das in der Lage unseres Landes Angemessene.

Zu diesen Zahlen gehört auch — diese beiden will ich noch nennen — die deutsche Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in Somalia, die 1992/93 über 120 Millionen DM betrug und die nur noch von der Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika übertroffen wird. Und: Wir geben für Flüchtlinge und Vertriebene im ehemaligen Jugoslawien rund 350 Millionen DM aus, einschließlich des deutschen EG-Anteils. Diese Zahl ist unübertroffen.

- **Wer also über Fremdenfeindlichkeit in Deutschland redet oder im Ausland mit unübersehbarer Häme darüber schreibt, soll einmal zur Kenntnis nehmen, was hier wirklich getan wird und was die Menschen hier wirklich denken und tun, und er soll Vergleiche mit seinem eigenen Land ohne Selbstgerechtigkeit anstellen.**

Wir alle wollen und hoffen, daß Bund, Länder und Gemeinden durch das neue Asylverfahren künftig spürbar entlastet werden. Die dann zur Verfügung stehenden Kapazitäten an Unterkünften, Verwaltungs- und Unterstützungspersonal sollen gezielt für die Aufnahme und Betreuung wirklich Hilfsbedürftiger, zum Beispiel von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, genutzt werden.

Ich sage das folgende in die aktuelle Diskussion in der Bundesrepublik hinein: Es

ist für mich völlig unerträglich und völlig unhaltbar, wenn jetzt einige eine Verbindungslinie zwischen den neuen Asylgesetzen, der Verfassungsänderung und den Brandanschlägen in Solingen oder anderswo ziehen.

Unser Staatsangehörigkeitsrecht ist jetzt 80 Jahre alt. Ich denke, wir sind gemeinsam der Auffassung, daß es jetzt notwendig ist, daß wir die Regelungen des geltenden Rechts überprüfen. Eine beachtliche Zahl von Regelungen ist ja bereits geändert, novelliert worden. Ich hoffe darauf, daß wir dieses Gespräch miteinander in einer sachgerechten Diskussion, ohne jeden ideologischen Vorbehalt führen können.

Wir wollen weitere Regelungen schnell treffen. Das heißt, wir wollen sie noch in dieser Legislaturperiode verabschieden. Das setzt ein Zusammenwirken nicht zuletzt zwischen Bundestag und Bundesrat voraus. Ich möchte alle Verantwortlichen im Bund, in den Ländern, in den Parteien und allen gesellschaftlichen Organisationen einladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

Bereits 1990 wurden im Zuge der Neuregelung des Ausländerrechts Vorschriften zur erleichterten Einbürgerung im Ausländergesetz geschaffen. Nunmehr treten zum 1. Juli 1993 weitere Erleichterungen in Kraft: Das Erfordernis der einheitlichen Staatsangehörigkeit der Familie entfällt. Ausländer, die seit 15 Jahren rechtmäßig ihren Aufenthalt im Bundesgebiet haben, haben einen Anspruch auf Einbürgerung; jetzt wird auf die Voraussetzung der Unbescholtenheit grundsätzlich verzichtet.

Ausländer der zweiten und dritten Generation zwischen dem 17. und dem 23. Lebensjahr haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie sich seit acht Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten und dort sechs Jahre lang eine Schule

besucht haben; auch bei diesem Personenkreis wird jetzt der Grundsatz der Unbescholtenheit als Voraussetzung der Einbürgerung aufgegeben.

Nunmehr können auch nichteheliche Kinder deutscher Väter bereits durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen und — das ist sehr wichtig —: Die Gebühren für die sogenannte Ermessenseinbürgerung nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz werden drastisch gesenkt, in besonderen Fällen bis hin zur vollständigen Gebührenbefreiung.

- **Wir alle wissen, von den bisherigen Erleichterungen bei der Einbürgerung ist nur wenig Gebrauch gemacht worden. Das hat sicher viele Gründe. Einer ist gewiß — das ist ein besonders schwieriger Grund und mit vielen Problemen behaftet —, daß in aller Regel die Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft verlangt wird. Ich halte es persönlich weiterhin für richtig, Mehrstaatigkeit grundsätzlich zu vermeiden.**

Allerdings müssen wir unser Staatsangehörigkeitsrecht so ändern, daß die bestehenden Einbürgerungsmöglichkeiten wesentlich besser genutzt werden als bisher. Ich denke dabei vor allem und in erster Linie — auch nach meinen persönlichen Beobachtungen in meiner eigenen Heimatstadt, wo fast 7.000 türkische Bürger leben — an die in Deutschland geborenen jungen Türken, die Deutschland als ihre Heimat empfinden, die bereit sind, staatsbürgerliche Pflichten zu übernehmen, und die in ihrem Alltag erleben, daß sie zwischen zwei Hochkulturen geraten: im Verhältnis zu ihren Großeltern, im Verhältnis zu ihren Eltern, im Verhältnis zu ihren Freunden, im Verhältnis zu ihren Schulkameraden.

Ich habe angekündigt, daß Bundesminister Seiders bald einen Gesetzesvorschlag für eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vorlegen wird. In diesen Vorschlag wird auch das Ergebnis einer Bund-Länder-Kommission einfließen, die bereits seit mehr als einem Jahr berät. Wir wollen alle Gesichtspunkte, die zu einem vernünftigen Ziel führen, hier mit einbringen. Ich sage noch einmal: Es ist für mich wichtig — das ist mein Rat an uns —, dabei schnell zu arbeiten. Ich glaube nicht, daß das Wahljahr 1994 besonders geeignet ist, eine so schwierige Materie parlamentarisch abzuhandeln.

Die Fahndungserfolge nach dem mörderischen Brandanschlag von Solingen sind ein Signal der Ermutigung. Dieses Beispiel zeigt, daß extremistische Gewalttäter keine Chance haben, wenn dieser Staat und seine Bürger zusammenstehen.

Aber wir alle wissen auch, daß die Androhung von Gewalt allein ganz gewiß nicht genügt, um Menschen, vor allem jüngere Leute, zu rechtmäßigem Handeln zu bewegen. Wichtiger noch als das Strafrecht — so wichtig dieses auch ist — ist zum Beispiel die Stärkung jener Institutionen, die gerade Jugendlichen Halt und Orientierung geben können und die an ihrer Erziehung zur eigenverantwortlichen Persönlichkeit mitwirken. Hier tragen die Familie und die Schule — und zwar in dieser Reihenfolge — eine ganz besondere Verantwortung. Aber auch Kirchen und Gewerkschaften, Träger der Jugendarbeit und die Medien sind gefordert.

Wir haben verabredet, daß wir schon sehr bald mit wichtigen Gruppen der Gesellschaft zu einem Gespräch zusammenkommen — das Ganze ist nicht nur eine Sache des Staates und seiner Organe — und über die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Gewalt, insbesondere der Gewaltbereitschaft junger Menschen, dis-

kutieren, um auf der Grundlage klarer Ergebnisse möglichst schnell weiter voranzukommen.

Die Analyse der vielfältigen Gründe für Radikalisierung und Ausschreitungen junger Leute führt zu dem Ergebnis, daß es bei Jugendlichen wesentlich auf vorbeugendes Handeln ankommt. Wir wollen daher als Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern und den Gemeinden vor allem Information und Aufklärung, Kinder- und Jugendhilfe, Jugendförderung und die Bereiche Schule und Sport weiter fördern.

Bereits in den vergangenen beiden Jahren wurde ein wesentlicher Teil der Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern mit Bundesmitteln aufgebaut.

Eine offene Gesellschaft und eine freiheitliche Demokratie beruhen auf Fundamenten, die der Staat nur in begrenztem Umfang garantieren kann. Wir waren immer stolz auf ein Staatsverständnis, das diesen Freiheitsraum garantiert. Politisches Handeln kann den ethischen Grundkonsens eines Volkes niemals ersetzen. Zu diesem Grundkonsens gehören auch Tugenden wie Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft, Dankbarkeit und Höflichkeit, Anstand und Würde. Sie sind bei uns allzulange als altmodisch verschrien und von anderen als minderwertige Sekundärtugenden verspottet worden. Wenn wir in diesem Zusammenhang nicht umdenken, ist auf die Dauer der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedroht.

- **Wir alle hören und lesen fast täglich bestürzende Berichte über Gewalt an unseren Schulen. Das heißt, daß wir uns ohne jeden Vorwurf an irgendeine Seite selbstkritisch die Frage stellen müssen, ob nicht manche der sogenannten**

Reformversuche im Bildungswesen den Boden für solche Entwicklungen bereitet haben.

Es ist doch heute unter den meisten Pädagogen unstrittig, daß eine Konfliktpädagogik solche Ergebnisse zeitigt. Wer zur Mündigkeit erziehen will, darf eben sittliche Ansprüche nicht herunterschrauben. Ich bringe ein Beispiel, das wir oft genug gehört haben: „Gewalt gegen Sachen mag ja erlaubt sein, nur Gewalt gegen Personen ist es nicht.“

Die freiheitliche Demokratie ist bei all ihren Schwächen die höchste Form politischer Zivilisation, die wir kennen. Sie ist deshalb gerade nichts für Gleichgültige, für Laue oder für Bequeme. Ich hoffe, Sie werden folgendes Zitat ertragen:

In der Demokratie

— so hat es Joseph Rován formuliert — muß die Tugend aus Einsicht entspringen und freiwillig geleistet werden. Dies aber setzt zumindest eine Erziehung von Kindern und Jugendlichen zur Tugend voraus, die dann ebenfalls aus der Einsicht und Freiwilligkeit der Eltern und zusätzlich von anderen Erziehern kommen muß.

Das sind die Worte eines Mannes, der in Deutschland geboren ist, der Dachau überlebt hat und der mehr als viele andere für die deutsch-französische Freundschaft getan hat. Wir sollten das nicht vergessen.

Wenn wir uns nachdenklich mit den Ursachen der Gewalt auseinandersetzen, muß doch die Frage gestellt werden: Ist unser Leitbild nach Jahrzehnten des Wohlstandes heute nicht mehr so sehr der Citoyen, sondern vielmehr der Bourgeois? Ist es nicht ein Zeichen falsch verstandener Liberalität, wenn wir einfach klaglos zulassen, daß von vielen Kindern Rambo und vergleichbare Symbolfiguren zum Vorbild genommen werden?

● Wenn wir über dieses Thema sprechen, müssen wir nicht nur über das reden, was Politik und Staat zu erbringen haben, sondern auch darüber, was alle anderen Bereiche der Gesellschaft zu erbringen haben.

Das gilt auch für die Medien. Ich finde es falsch, in dieser Frage alles auf die Medien abzuschieben, aber sie haben ihren Anteil. Die Freiheit von Presse und Rundfunk ist ein hohes Gut. Aber ich glaube, es ist doch unstrittig: Das höchste Gut ist die Würde des Menschen, die die Väter und Mütter des Grundgesetzes bewußt an den Beginn unserer Verfassung gestellt haben, ohne zwischen Deutschen und Ausländern zu unterscheiden. Wir sollten vor allem bei den jungen Menschen das Bewußtsein dafür schärfen, daß zivile Tugenden etwas mit Mut zu tun haben. Blindwütige Gewalt ist in Wahrheit ein Rückfall in die Barbarei. Anschläge auf wehrlose Menschen sind in Wahrheit ein Zeugnis von innerer Schwäche und Feigheit. Wir sollten viel stärker als bisher dem ganz unspektakulären Pflichtbewußtsein Anerkennung zollen, mit dem so viele auch in Deutschland ihren Dienst am Nächsten leisten.

Ich denke dabei an die Wehrpflichtigen ebenso wie an die Zivildienstleistenden, zum Beispiel in der Altenpflege. Ich denke an die vielen, über die nicht gesprochen wird, an die ehrenamtlich Tätigen in Sportvereinen und bei der Freiwilligen Feuerwehr. Ich denke nicht zuletzt — das sage ich bei dieser Gelegenheit gerne, weil es in Deutschland inzwischen üblich geworden ist, alles auf die Parteien abzuschieben — auch an die Mitglieder politischer Parteien, die Tag für Tag, und zwar unentgeltlich und ehrenamtlich, ihre Arbeit tun, die oft viel Hohn von jenen ernten, die vornehm abseits stehen und sich bei gehobenem Konsum „selbstverwirklichen“.

Gerade weil dieser Begriff von manchen mißbraucht wird, gehört in diesen Zusammenhang auch ein Wort zum Thema Patriotismus. Wir dürfen es nicht zulassen, daß dieser Begriff den Rechtsradikalen und Rechtsextremisten überlassen wird. Wer Haß gegen Ausländer schürt, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, ein deutscher Patriot zu sein.

Axel Springer hat einmal gesagt, daß der „Respekt vor den Völkern dieser Erde . . . die Frucht des richtig verstandenen Selbstrespekts ist“. Patriotismus, richtig verstanden, bedeutet immer auch Achtung vor der Vaterlandsliebe des Nachbarn und damit die strikte Ablehnung jeder Form nationaler Überheblichkeit.

Wir alle wissen aus unserer eigenen Lebenserfahrung, daß gerade für Jugendliche die Identifikation mit einer Gruppe ein wichtiger Teil ihres Reifungsprozesses ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieses ganz natürliche Bedürfnis von jenen mißbraucht wird, die die Nation zum Götzen erheben.

Wir alle wissen, daß in diesem geschicht-

lichen Abschnitt und sicherlich auch in Zukunft Nation und Nationalstaat zwar nicht der einzige, aber doch der wichtigste Rahmen bleiben, in dem Bürgerrechte wirksam garantiert und wahrgenommen werden, in dem auch außenpolitische Interessen definiert werden können.

Gerade in diesem Rahmen — das ist die Frucht von Erfahrungen dieses Jahrhunderts nach all dem, was es uns an Schrecklichem, aber auch an Gutem gebracht hat — müssen die Deutschen den Willen zu guter Nachbarschaft beweisen, wie sie es seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland getan haben: mit allen Mehrheiten im Bundestag, mit allen Bundesregierungen und auch mit allen meiner Amtsvorgänger.

Wir haben diesen Willen besonders im Zusammenhang mit der deutschen Einheit bewiesen, die in Frieden und in Freiheit sowie mit der Zustimmung all unserer Nachbarn möglich war, weil uns die Nachbarn und die Welt vertrauen. Deswegen ist es angesichts mancher Fragen an die Deutschen wichtig, dieses Vertrauen gemeinsam zu rechtfertigen.

CDU-Generalsekretär Peter Hintze:

„Scharping muß Farbe bekennen“

Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, daß der SPD-Kandidat Rudolf Scharping auf dem Parteitag in Essen hinter dem Schutzschild seiner Unverbindlichkeiten hervortritt und den zukünftigen Kurs der SPD offenlegt.

Die deutsche Politik insgesamt nimmt Schaden, wenn die Orientierungskrise in der SPD anhält. Die aus absoluter Ratlosigkeit der SPD-Führung inszenierte pseudodemokratische Kandida-

tenshow hat das inhaltliche Durcheinander bei den Sozialdemokraten über-tönt. Die Wirklichkeitsverweigerung der SPD haben wir jahrelang beim Asylrecht erlebt, und wir erleben sie schon wieder bei der Verbrechensbekämpfung mit technischen Mitteln und bei den dringend notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, wie z. B. der Senkung der Unternehmensbesteuerung.

Peter Hintze:

Der Kampf gegen Haß und Gewalt geht jeden an

Jeder von uns hat das Bild der ausgebrannten Hausruine von Solingen vor Augen. Es hat sich tief in unser Gedächtnis eingebrannt. Uns alle haben die schrecklichen Morde an fünf Frauen und Kindern entsetzt und erschüttert; wir verurteilen diese grausame Tat zutiefst. Unser Mitgefühl gilt den Familien, Angehörigen und Freunden der Opfer. Wir trauern mit ihnen. Ihr Leid nimmt uns in die Pflicht.

Die Welle der Gewalttaten, der Brand- und Mordanschläge reißt nicht ab. Erst gestern gab es wieder zwei Anschläge auf Wohnhäuser ausländischer Mitbürger bei Mönchengladbach und im Südbadischen. Nur durch Glück entkamen die Bewohner. Und was geschieht morgen?

Von der heutigen Debatte muß die klare Botschaft ausgehen: Die demokratischen Parteien stehen zusammen gegen Haß und Gewalt. Die Kette immer neuer Mordanschläge muß zerrissen werden. Unser Kampf gilt den Mordbrennern ebenso wie den dumpfen radikalen Kreisen im Hintergrund, die versuchen, in unserem Land ein Klima der Fremdenfeindlichkeit zu schüren.

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, daß die Bundesregierung mit entschlossenen Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt vorgehen wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt nachdrücklich den Kurs der Bundesregierung. Ausländerfeindliche Hetzer und Gewalttäter dürfen sich in unserem Land zu keiner Minute sicher fühlen.

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen verabscheut Gewalt und Fremdenhaß. Seit vielen Jahren leben Deutsche und Ausländer in guter Nachbarschaft zusammen. Wir Deutsche wissen, was wir unseren ausländischen Mitbürgern verdanken. Wir wollen dieses gute Verhältnis vertiefen und unsere Integrationsbemühungen verstärken. Wir sind für jede Stimme der Besonnenheit und des Verständnisses sowie des Aufrufs zum Mit-

Rede des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze, im Deutschen Bundestag am 16. Juni 1993

einander dankbar, die wir in diesen Tagen gerade von unsren ausländischen Mitbürgern hören.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Ankündigung des Bundeskanzlers, die Einbürgerung von Ausländern weiter zu erleichtern. Wer hier geboren ist, wer hier lebt und arbeitet und wer hierbleiben möchte, soll Deutscher mit allen Rechten und Pflichten werden können. Das ist für uns unstrittig.

Die jetzt erhobene Forderung nach Einführung einer generellen doppelten Staatsbürgerschaft halten wir für keine geeignete Lösung. Von durchaus gewichtigen Ausnahmen abgesehen ist dies kein Beitrag zur Integration. Ich habe sogar

die Sorge, daß die Diskussion darüber von den eigentlichen Problemen ablenkt. In dieser Debatte suchen wir Antworten auf die Frage, was die Politik leisten kann und wo die Bürger aufgerufen sind. In einer freiheitlichen Gesellschaft ist die Zivilcourage und die Hilfsbereitschaft jedes einzelnen Bürgers Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Eindämmen radikaler Strömungen. Wir brauchen wieder mehr bürgerschaftliche Verantwortung — weniger anonyme Gleichgültigkeit. Wir brauchen wieder mehr Gemeinsinn, den wir gemeinsam einfordern müssen.

Mit den Brandanschlägen, den Morden, den Angriffen gegen Ausländer hat die Gewaltbereitschaft in Deutschland eine schlimme neue Qualität erreicht. Diese Eskalation der Gewalt gegen Ausländer hat eine Vorgeschichte. Ich spreche von der Gewalt, die mitten unter uns aufbricht in den Wohnungen, auf den Schulhöfen, auf Straßen und in Sportstadien.

Es ist etwas in unserem Land in Unordnung geraten, wenn selbst die letzte Schwelle — die Achtung vor dem Leben des Menschen — überschritten wird. Monokausale Interpretationen, vor-schnelle Antworten verbieten sich, da möchte ich Herrn Ministerpräsident Recht geben —, aber es gibt doch beachtenswerte Aspekte. Hängt die Gewaltbereitschaft nicht vielleicht auch damit zusammen, daß jungen Menschen immer wieder weisgemacht wurde, es sei alles möglich, alles erlaubt und letztlich alles egal? Viele haben sich daran beteiligt, Grenzen niederzureißen und Werte und Tugenden in Frage zu stellen. Wir wissen heute: Sie haben damit den Menschen keinen Gefallen getan. Sie haben sie in die Kälte der Orientierungslosigkeit entlassen.

Die Geringachtung von Werten und Tugenden, das Nichteinfordern von

Bürgerpflichten zeigen jetzt ebenso ihre Wirkung wie eine Philosophie der Selbstentfaltung, die nur noch die eigene Person, aber keinen Nächsten mehr kennt.

Werte- und Rechtsbewußtsein sind das geistige Wurzelwerk einer demokratischen Gesellschaft. Wenn es austrocknet, verdorrt die Demokratie.

Das Recht hat eine unverzichtbare Funktion im Zusammenleben der Menschen: es gibt Sicherheit und schützt gerade die Schwachen. Aber das Rechtsbewußtsein in unserem Land ist zuweilen an Stellen in Frage gestellt worden, wo es nicht nötig gewesen wäre. Wie soll das Bewußtsein für die elementare Bedeutung des Rechts wachsen, wenn etwa über Jahre hinweg in der Hafensstraße in Hamburg rechtsfreie Räume geduldet wurden?

Und läßt das, was Herr Ministerpräsident Rau „Deeskalation“ nennt, nicht auch das Rechtsbewußtsein erschüttern bei dem, der mitbekommt, daß eben die Polizei aus Deeskalationsgründen ihm in seinem Recht auf ungehinderten Zugang als Mitarbeiter des Bundestages nicht weiterhilft?

Wir müssen demgegenüber die schützende Autorität des Staates stärken. Dazu gehört auch, daß wir die Polizei nicht allein lassen. Unsere Polizei verdient unsere Anerkennung und unsere Unterstützung für ihren Dienst.

Die Schutzpflicht des Staates besteht gegenüber allen Bürgern — auch dort, wo Bürger Angst haben vor Ausschreitungen kleiner, radikaler Ausländergruppen. Not und Leid dürfen nicht zur Selbstjustiz einladen, dürfen nicht Vorwand für gewalttätige Demonstrationen mißbraucht werden. Wer meint, gewalttätige

Konflikte auf deutschem Boden austragen zu müssen, verwirkt das Recht, bei uns zu bleiben.

Mit Polizei und Justiz allein läßt sich der Gewalt als einem gesellschaftlichen Phänomen nicht beikommen.

Wir müssen auch fragen, welchen Anteil Bildung und Erziehung an der derzeitigen Entwicklung haben. Wir wollen nicht alles der Schule aufladen. Wir wollen nicht den Lehrern alles aufladen. Aber wenn wir seinerzeit von einem führenden Sozialdemokraten belehrt worden sind, die Schule der Nation sei die Schule, so wollen wir dies wenigstens ein Stück weit einfordern und darüber nachdenken, was hier schiefgelaufen ist.

Ist Werteerziehung nicht lange verspottet worden als reaktionär und verzichtbar? Heute merken wir, wie unverzichtbar es ist, junge Menschen mit klaren Orientierungen auf den Lebensweg zu schicken.

Wurde nicht der Geschichtsunterricht für überflüssig erklärt? Heute wissen wir, wie schnell fehlendes Wissen um die eigene Geschichte zur geistigen Entwurzelung führen kann.

Wir treten dafür ein, das Wertebewußtsein zu schärfen, insbesondere den unauflöselichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung. Es gilt, die Tugenden eines freiheitlichen Bürgersinns neu zu beleben. Anstand, Rücksicht, Toleranz, ja: auch Höflichkeit, in allem aber Achtung vor der Würde des Menschen: Dies muß unsere Gesellschaft prägen.

Die Politik kann dies nicht allein leisten. Hier sind alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer großen gemeinsamen Kraftan-

strengung gefordert. Sie alle sind aufgerufen, in ihrem Wirkungsbereich für einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens gegen Gewalt einzutreten und diesen auch durchzusetzen.

Es muß uns alarmieren, daß die Gewalttäter immer jünger werden. Die Täter von Solingen sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 23 Jahren. Was ist mit jungen Leuten los, die ein Haus anzünden, in dem Menschen schlafen? Sicher muß eine gründliche Analyse vorgenommen und weiter vertieft werden. Aber es gibt auch Fehlentwicklungen in der Vergangenheit, die wir korrigieren müssen. In manchen Bereichen muß eine bittere Bilanz gezogen werden. Heute erkennt mancher, der damals anders geredet hat, wie falsch es war, jede Autorität in Frage zu stellen, das Wertesystem anzugreifen, die Familie am liebsten aufzulösen.

„Statt der mündigen, sozial und ideologisch engagierten, politisch hochmotivierten Jugend hat unsere Erziehung eine Spezies hervorgebracht, die zum überwiegenden Teil egoistisch, konsumorientiert und im schlimmsten Falle sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist“ — so Beate Scheffler, Grünen-MdL in Nordrhein-Westfalen. Dieser Erkenntnis können wir nur zustimmen; aber wir müssen sie auch bei der Ausbildung der Lehrer, bei der Erstellung von Lehrplänen, bei der Festlegung von Unterrichtsinhalten in den Ländern umsetzen.

Dabei bin ich mir darüber im klaren, daß Kurskorrekturen in der Bildungspolitik nur mittelfristig oder langfristig Wirkung zeigen. Um so dringender ist es, diese Reform möglichst rasch anzugehen.

Achtung vor dem anderen, Toleranz und Verantwortung für den Nächsten sind später nicht einfach abrufbar, wenn sie in Elternhaus und Schule nicht vermittelt wurden.

Eine Reform der Bildungspolitik ist nicht nur ein wichtiger Schlüssel für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Die Erziehung zu Verantwortung und Gemeinsinn legt zugleich die geistigen Grundlagen für die Zukunft unserer Gesellschaft und des Zusammenlebens in ihr.

Neben den Lehrern und Pädagogen sind auch die Eltern gefordert, Rechte und Pflichten in ein Gleichgewicht zu bringen, Toleranz und Rücksichtnahme zu fördern, Egoismus zurückzudrängen, Grenzen wieder zu setzen. Diese Werte der Gemeinschaft können nirgendwo besser vermittelt werden als in der Familie. Sie ist der erste und wichtigste Platz, um zu lernen:

- was Liebe und Zuneigung bedeuten, die von keiner Bedingung abhängig sind;
- wie man Vertrauen schenkt und erwidert;
- wie man Rücksicht auf andere nimmt;
- was Respekt vor der Meinung anderer bedeutet. Auch in Zeiten angespannter Haushaltslage muß eine Politik für die Familien auch künftig auf der politischen Tagesordnung ganz oben stehen.

Neben Elternhaus und Schule bestimmt das Fernsehen sehr stark die Persönlichkeitsbildung junger Menschen. Sein Einfluß auf die Realitätswahrnehmung ist immens. Viele Kinder und Jugendliche verbringen heute vor den Bildschirmen mehr Zeit als in der Schule. Unmerklich haben die Medien unser Zusammenleben verändert. Per Zugriff über die Fernbedienung läßt sich nahezu jede gewünschte Wirklichkeit abrufen. Keine erscheint gültiger als die andere. Der Prozeß der Individualisierung, der Pluralisierung von Lebenslagen und der individuellen Festsetzung der Normen, die der einzelne für sich gelten läßt, wird so nicht selten überzogen. Nur wenn Medienpädagogik schon im frühen Kindes- und

Jugendalter einsetzt, kann ein verantwortlicher Umgang mit der Medienvielfalt, mit der Bilderflut erreicht werden.

Ein scharfer Einspruch ist da fällig, wo das Fernsehen letzte Tabu-Grenzen überschreitet. Die Würde des Menschen selbst steht auf dem Spiel, wenn etwa der qualvolle Suizid eines Menschen benutzt wird, um die Einschaltquoten in die Höhe zu treiben. Hier müssen wir eine neue Ethik der Medien einfordern.

Der böse Geist des Radikalismus, von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt wird dort entscheidend geschlagen, wo jeder Bürger sich für das Klima in unserem Land verantwortlich fühlt, wenn nicht alle sagen: Die oder andere sollen es regeln, die Politiker oder die Verantwortlichen; wo jeder sich selbst als verantwortlich erkennt, wo jeder Bürger seinen Nachbarn in Schutz nimmt und einen Beitrag dafür leistet, daß die Werte, die uns alle schützen, wieder stärker zur Geltung kommen. Der Kampf gegen Haß und Gewalt geht jeden an.

Bewahren wir, was unsere Gesellschaft stets ausgezeichnet hat: Toleranz, gegenseitigen Respekt und die unbedingte Achtung vor der Würde des Menschen.

Studie: Steigende Zahl zufriedener Ostdeutscher

Ein wachsender Teil der Bevölkerung der ostdeutschen Länder ist mit der erreichten Entwicklung zufrieden. Der Anteil der Bürger, die sich mit ihrem Leben insgesamt „zufrieden“ zeigt, erhöhte sich zwischen 1990 und 1992 von 31 auf 46 Prozent. Umgekehrt sank der Anteil der Unzufriedenen von 17 auf 12 Prozent. Das geht aus dem „Sozialreport 1992“ des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts e.V. hervor. 1.500 Bürger wurden befragt. ■

Für eine Landwirtschaft, die sich im Wettbewerb behaupten kann

Mit seinem Papier „Der künftige Weg — Agrarstandort Deutschland sichern!“ hat Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert ein ehrliches Konzept vorgelegt, das geeignet ist, die deutsche Landwirtschaft in die Zukunft zu führen und ihr Perspektiven zu eröffnen. Das Konzept wird ausdrücklich von der CDU begrüßt und unterstützt.

Im Mittelpunkt steht eine leistungsfähige, marktorientierte und umweltverträgliche Landwirtschaft, die sich im europäischen Wettbewerb behaupten kann. Der Agrarsektor, der denselben Rahmenbedingungen wie die Gesamtwirtschaft unterliegt, darf nicht isoliert betrachtet werden. Langfristig hat die Landwirtschaft in einer immer mehr marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftswelt nur eine Zukunft, wenn die Agrarpolitik wieder stärker als bisher an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet wird. Eine Bestandsgarantie für einzelne Betriebe kann sie nicht geben, wohl hat sie die Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß es in der Landwirtschaft noch Chancen gibt und angemessene Einkommen erwirtschaftet werden können.

Auch in Zukunft wird es nicht ohne staatliche Hilfen für die Landwirtschaft gehen. Dies hätte einen Rückzug der landwirtschaftlichen Produktion auf günstige Standorte und ein Ausbluten von ganzen Regionen zur Folge. Die CDU bekennt sich zu einer flächendeckenden Landbewirtschaftung auf der Basis eines breitgestreuten und gesicherten Eigentums.

Die gesellschaftlichen Leistungen der

Landwirtschaft, ihre Beiträge zum Naturschutz und zur Landschaftspflege müssen abgegolten werden. Die Vorstellungen der CDU gehen dahin, daß dies in Zukunft nicht nur über den Transfer öffentlicher Mittel, über staatlich verordnete Programme, sondern auch über vertragliche Vereinbarungen zu gestalten ist. Resultat einer ehrlichen Bestandsaufnahme ist die Erkenntnis, daß der Strukturwandel in den nächsten Jahren zunehmen wird. Die Politik kann dies nicht verhindern, ein Bremsen von politischer Seite würde die Probleme letztendlich nur aufstauen. Der Strukturwandel hin zu leistungsfähigen Betriebseinheiten ist für die deutsche Landwirtschaft insgesamt eine Chance.

Zur Vorstellung des agrarpolitischen Konzepts des Bundeslandwirtschaftsministers eine Erklärung des Vorsitzenden des CDU-Bundesfachausschusses „Agrarpolitik“, MdB Richard Bayha

Es ist aber deshalb um so wichtiger, daß von politischer Seite aus der Strukturwandel begleitet und in sozialverträgliche Bahnen geleitet wird. Seit den 50er Jahren sind weit über 400 000 Betriebe allein in den alten Bundesländern entsprechend der steigenden Arbeitsproduktivität ausgeschieden. Dies hat sich teilweise über den Gang in den Nebenerwerb und aufgrund der Eigenvorsorge der Landwirte, aber auch aufgrund der Entwicklung des agrarsozialen Sicherungssystems ohne große Verwerfungen vollzogen. Deshalb

hält die CDU — trotz schwieriger Haushaltslage — weiterhin an der Durchführung der Agrarsozialreform fest. Es ist klar, daß die Beiträge im agrarsozialen Sicherungssystem für die verbleibenden Betriebe tragbar bleiben müssen.

Kernpunkt der Agrarpolitik muß auch weiterhin eine konsequente Mengenbegrenzung sein. Nur so ist langfristig ein Spielraum für wieder steigende Preise zu gewinnen. Die Ansätze, die die EG-Agrarreform bieten, müssen europaweit konsequent und effektiv durchgesetzt werden.

Landwirte sind in erster Linie Unternehmer. Sie brauchen deshalb unternehmerischen Freiraum. Die Vereinfachung und Bündelung der Agrarstruktur- und Investitionsförderung trägt dem Rechnung und erfüllt zugleich die alte Forderung der CDU nach einem allgemeinen Agrarkredit.

Zum unternehmerischen Freiraum gehört aber auch eigenes Engagement und Verantwortung. Das reine Abliefern landwirtschaftlicher Produkte reicht bei gesättigten Märkten nicht mehr aus. Es kommt heute darauf an, daß sich die Landwirte durch Qualitätsproduktion und Kooperation mit leistungsstarken Vermarktungspartnern Märkte sichern. Die Stärkung der Markttransparenz und ein zukunfts-trächtiges Vermarktungskonzept mit Herkunftszertifikaten und Gütesiegeln ist der richtige Weg.

Die Landwirtschaft muß den technischen Fortschritt nutzen können. Nicht der Rückfall in Produktionsformen der Vergangenheit, sondern die Anwendung neuer Technologien ebnet den Weg hin zu einer umweltfreundlichen, leistungsfähigen und ökologisch verträglichen Produktion. So wird die Gentechnologie in der Landwirtschaft z. B. zu einer Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutz-chemikalien und Kunstdünger führen.

Lkw-Gebühren:

Einigung sichert 100 000 Arbeitsplätze

Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik und stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer, MdEP, erklärt zur Einigung der EG-Verkehrsminister über die Lkw-Gebühren

Glückwünsche für den neuen Verkehrsminister Matthias Wissmann zu seinem großen Erfolg, daß jahrzehntelang Problem der Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Lkw-Gebühren in Europa gelöst zu haben. Dies ist möglich geworden durch eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft. Bisher lag beispielsweise die niederländische Kfz-Steuer nur bei einem Drittel der Deutschen. Unsere Partner haben sich bewegt.

Mit der Einführung des EG-Mindestsatzes für die Kfz-Steuer ab 1994 wird die Chancengleichheit zwischen deutschen und ausländischen Spediteuren deutlich verbessert. Dadurch hat die CDU-geführte Bundesregierung 100 000 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert.

Die Kfz-Steuer für deutsche Lkws wird mindestens halbiert. Für besonders schadstoffarme Lkws wird die Kfz-Steuer sogar noch geringer ausfallen.

Durch die Einführung der Regionalvi-gnette für Deutschland, Dänemark und die Benelux-Länder wird die Ungerechtigkeit beendet, daß deutsche Spediteure in Europa bezahlen, während Ausländer in Deutschland umsonst fahren.

Matthias Wissmann hat in der EG deutsche Interessen überzeugend vertreten. Aber auch die Gemeinschaft hat unter Beweis gestellt, daß sie zu einem fairen Interessenausgleich in der Lage ist.

Schäuble: Sofortprogramm gegen Extremismus und Gewalt

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung dem Haß nicht nur mit Worten den Kampf angesagt. Er hat auch die konkreten Anstrengungen der Bundesregierung gegen Gewalt und für eine bessere Integration dargestellt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am vergangenen Dienstag, 15. Juni 1993, ein Sofortprogramm gegen Extremismus und Gewalt beraten und folgenden Maßnahmen zugestimmt:

- 1.** Gewalt als Haftgrund: Wer einen anderen schwer mißhandelt oder schwere Brandstiftung begeht, muß sofort in Untersuchungshaft genommen werden können, auch wenn keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr besteht.
- 2.** Sicherungshaft: Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr muß so geändert werden, daß reisende Straftäter wirkungsvoller als bisher verfolgt werden können.
- 3.** Schärfere Strafen bei Taten gegen die körperliche Unversehrtheit: Das Mißverhältnis zwischen der Bestrafung von Eigentumsdelikten und von Körperverletzung muß beseitigt werden. Bei Gewaltverbrechen muß die Strafaussetzung zur Bewährung eingeschränkt werden.
- 4.** Absenkung der vollen Strafmündigkeit von 21 Jahren auf 18 Jahre: Wer mit 18 Jahren voll geschäftsfähig und wahlberechtigt ist, muß auch für seine Straftaten volle Verantwortung tragen.
- 5.** Verschärfung von Jugendstrafen bei extremistischen Gewalttaten: Eine beträchtliche Anzahl straffälliger Jugendlicher entwickelt derartige kriminelle Energie, daß bei der Bemessung und

Vollstreckung von Jugendstrafen der Schutz der Allgemeinheit vor neuen schweren Taten berücksichtigt werden muß.

- 6.** Erweiterte Meldepflicht der Jugendämter: Bisher sind nur terroristische Vereinigungen von dieser Meldepflicht umfaßt, also solche Vereinigungen, die die Begehung besonders schwerer Straftaten planen. Radikale, die andere Gewalttaten planen, sind in die Meldepflicht einzubeziehen.
- 7.** Erweiterte Möglichkeit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs von Extremisten, um auch bei Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß bevorstehende Straftaten verhindern oder Täter rasch überführen zu können.
- 8.** Personelle Verstärkung der zuständigen Abteilung im Bundeskriminalamt und beim Bundesamt für Verfassungsschutz, um den Rechtsradikalismus noch wirksamer zu bekämpfen.
- 9.** Praktikable und effektive Fassung des Tatbestandes des einfachen Landfriedensbruchs. Zum Schutz der Gemeinschaft und des einzelnen muß auch derjenige unter Strafe gestellt werden, der sich nach Ausbruch von Gewalttätigkeiten nicht aus einer Menschenmenge entfernt, obwohl die Polizei dazu aufgefordert hat.
- 10.** Regelung über den Unterbindungsgewahrsam: Zur Verhinderung von gewalttätigen Ausschreitungen müssen Personen, die bereits verumumt oder mit Waffen anreisen, schon im Vorfeld von Demonstrationen in Gewahrsam genommen werden können, bis die Gefahr beseitigt ist.

Wenn die Werte abhanden kommen

Was ist es, das eine erschreckende Welle von Gewalt gegen Ausländer mit Mord und Brandstiftung in diesem Land in Gang gesetzt hat? Als im Bundestag darüber am 16. Juni 1993 debattiert wurde, fehlte in kaum einem Redebeitrag der Hinweis auf den Werteverlust in der Gesellschaft. Da fügte es sich zeitlich günstig, daß der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU am gleichen Mittwoch abend im Konrad-Adenauer-Haus eine Diskussion anberaumat hatte, die unter der Überschrift stand: „Werte und Normen — Was können Schulen, Kirche und Politik beitragen?“

Aus seinen Schwierigkeiten mit den hehren Werten macht Prälat Hartmut Löwe, evangelischer Bevollmächtigter in Bonn, keinen Hehl. Dem abstrakten Reden darüber hält er das Alte Testament entgegen, in dem kein Zweifel daran gelassen werde, daß Verlässlichkeit, Wahrhaftigkeit und Treue zum Leben gehörten. Woran es heute fehle, so Löwes Diagnose, sei Zeit und Interesse füreinander sowie „gemeinschaftsgemäßes Verhalten“. Und ein solches Verhalten will er nicht allein auf die Menschen bezogen wissen, dies schließe auch ein die Mitgeschöpfe und die natürlichen Lebensgrundlagen. Es sei an der Zeit, eine Grundhaltung der Ehrfurcht wiederzugewinnen.

Daß Werte und Normen in erster Linie Privatsache seien und nicht von der Politik mit Paragraphen verordnet werden können, darauf verwies der CDU-Politiker Roland Koch, hessischer Landtagsabgeordneter und Mitglied der Grundsatzprogramm-Kommission. Der ausgeprägte Hang zur Selbstverwirklichung und die

Wohlstandsmentalität bewirkten die Erosion der Werteordnung, lautet das Ergebnis seiner Ursachenforschung. Fehlanzeige beklagt er auch, wo vorbildliches Verhalten gefragt sei und bezieht den eigenen Berufsstand mit ein. Laut Koch lassen dies gerade viele Lehrer vermissen, in Lehrerkollegien habe er mehr Egoismen angetroffen, als das System vertrage. Ratlosigkeit läßt auch Bärbel Büttner erkennen, Leiterin des evangelischen Amos-Comenius-Gymnasiums in Bad Godesberg. Nach 24jähriger Tätigkeit an der Schule lautet ihr Befund: Von den Schülern werde Orientierung vermißt, häufiger nach dem Sinn des Lebens gefragt, und zudem seien sie öfter deprimiert. Die alten Werte würden nicht mehr akzeptiert, und wie man Werte und Normen in Fächern wie Mathematik und Physik vermitteln könne, darauf weiß die Pädagogin keine Antwort.

Klarer liegen die Dinge da schon für Manfred Spieker, der in Osnabrück christliche Sozialwissenschaften lehrt. Den richtigen Schlüssel zum Verständnis von Werten als „Voraussetzung gelingenden Lebens“ ortet er im christlichen Menschenbild. ■

Zitat

„Mit unserer sozialen Sicherung der Pflegebedürftigen sind wir kein Spitzenreiter, sondern leider Nachzügler in Europa.“

**Bundesarbeitsminister
Norbert Blüm auf der
Europa-Pflegekonferenz am
15./16. Juni in Königswinter**

Hannelore Rönsch:

Korrekturen beim Erziehungsgeld bringen mehr Gerechtigkeit

„Die Korrekturen beim Erziehungsgeld sind sinnvoll und angemessen. Dadurch, daß künftig für die Berechnung des Erziehungsgeldes ab dem siebten Lebensmonat des Kindes das aktuelle Einkommen zugrunde gelegt wird, schaffen wir mehr Gerechtigkeit. Bisher muß in einer großen Anzahl von Fällen ein Einkommen herangezogen werden, das wesentlich unter dem tatsächlichen Verdienst liegt.

Besonders kraß ist die Differenz, wenn jemand im maßgebenden Jahr in der Ausbildung war, nun aber gut verdient. Ein Beispiel: Für ein Kind, das im Dezember 1993 geboren wird, ist nach den bisherigen Vorschriften das Einkommen des Jahres 1991 zugrunde zu legen. Für dieses Kind kann Erziehungsgeld bis Dezember 1995 gezahlt werden. Die Leistungen im Jahr 1995 basieren dann noch immer auf den vier Jahr zurückliegenden Einkommensverhältnissen.“

Die wichtigsten Neuerungen:

■ Für die Auszahlung des Erziehungsgeldes ab dem siebten Lebensmonat eines Kindes ist nicht mehr das Familien-Einkommen aus dem vorletzten Jahr vor der Geburt, sondern das aktuelle Einkommen maßgebend. Deshalb wird für das Erziehungsgeld im zweiten Lebensjahr des Kindes ein neuer Antrag notwendig. Gelten soll die Neuregelung mit dem aktuellen Einkommen für Kinder, die ab dem 1. Juli 1993 geboren werden.

■ Stärker überprüft werden soll künftig, ob die Voraussetzungen für den Anspruch auf Erziehungsgeld weiter

bestehen. Dabei geht es darum, ob der im Antrag angegebene Erziehungsurlaub eingehalten wird und ob Einkommen aus zulässiger Teilzeitarbeit der Erziehungsgeldstelle mitgeteilt worden ist. Die Überprüfung wird zum einen dadurch erreicht, daß Erziehungsgeld für das zweite Jahr künftig einen zweiten Antrag erfordert, dem auch eine erneute Bescheinigung des Arbeitgebers beizufügen ist. Zusätzlich wird eine gesonderte Überprüfung in der Mitte des zweiten Jahres des Erziehungsgeldbezugs eingeführt.

■ Der Anspruch von Ausländern auf Erziehungsgeld wird auf diejenigen begrenzt, bei denen zu erwarten ist, daß sie auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben.

■ Bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften sollen die Einkünfte des Partners einbezogen werden. Eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung von Eltern in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft gegenüber verheirateten Eltern wird so vermieden.

■ Neben den Einsparungen durch die vorgenannten Maßnahmen wird das Bundeserziehungsgeldgesetz an zwei Stellen weiterentwickelt. Die Regelungen für Härtefälle werden auch für Verwandte dritten Grades ausgedehnt werden. Das heißt, neben den Großeltern sollen auch Tanten und Onkel in Härtefällen berechtigt sein, Erziehungsgeld in Anspruch zu nehmen. Außerdem wird die heute beim Erziehungsgeld vorgesehene Anrechnung von Mutterschaftsgeld, das vor der Geburt gezahlt wird, aufgehoben. ■

Frischer Wind in Hamburg

Als Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die bevorstehende Bürgerschaftswahl im September hat Dirk Fischer in der Umsetzung der angestrebten Reform der Hamburger CDU ein gutes Stück der Wegstrecke zurückgelegt.

Das im Landesausschuß verabschiedete Reformprogramm legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die künftige Personalentwicklung. Dort wurde unter anderem festgeschrieben, auch Seiteneinsteigern die Mitarbeit in der Partei zu ermöglichen, „wenn sie aufgrund ihrer Persönlichkeit und ihrer Leistung außerhalb der Partei eine Bereicherung für die Arbeit in den Parlamenten sein können.“

Nicht zuletzt die Satzungsstreitigkeiten in der Hamburger CDU waren es, die zur Klage vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht führten, und das schließlich mit seiner Anfang Mai erfolgten Urteilsverkündung den Hamburgern die Neuwahlen am 19. September bescherte.

Den daraufhin zunächst hochschlagenen Wellen gewinnt der Spitzenkandidat Dirk Fischer aber positive Seiten ab. Die schwierige Phase der Partei nutzt er als Chance, den tatsächlichen Reformwillen auch nach außen zu dokumentieren.

Am vergangenen Montag (21. 6. 93) präsentierte er während einer Pressekonferenz drei Kandidaten, die als Seiteneinsteiger ohne Parteimitgliedschaft auf der Kandidatenliste für die Bürgerschaft einen aussichtsreichen Platz erhalten sollen.

Es sind das: Karl-Heinz Hoheisel, der als Klempnermeister durch sein Engagement in der Innungsarbeit und in der Handwerkskammer bekanntgeworden ist. Er soll in der Bürgerschaft zukünftig noch mehr das Hamburger Handwerk vertreten.

Mit Hans Jakob Kruse, der 20 Jahre lang Vorstandssprecher der Hapag Lloyd AG war, konnte einer der renommiertesten deutschen TOP-Manager für die Parlamentsarbeit gewonnen werden. Als Reedereikaufmann verkörpert er hanseatischen Kaufmannsgeist und moderne Unternehmensführung.

Michael Rene Weber ist der dritte im Bunde. Als Unternehmensberater ist er fest mit der Wirtschaft der Hansestadt verbunden, über seine Familie bestehen schon immer Kontakte zur Hamburger Politik. Sein Großvater war Vizepräsident der Bürgerschaft, sein Vater, Dr. Renatus Weber, Senator.

Neue Broschüre über SED-Diktatur

Als Nr. 3 der Schriftenreihe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist jetzt erschienen: „Wirklichkeit und Wahn des realen Sozialismus — Zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages“. Die Broschüre enthält nach einer thematischen Einleitung durch den Fraktionsvorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble Beiträge der CDU/CSU-Mitglieder in der Enquete-Kommission, die zum Teil deren persönliches Erleben der SED-Diktatur schildern, sowie Beiträge der von der CDU/CSU-Fraktion in die Enquete-Kommission berufenen Sachverständigen.

**Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arbeitseinheit Dokumentation, Bundeshaus, 5300 (53113) Bonn 1
Telefon (02 28) 16-90 03
Fax (02 28) 16-8 60 68**

„Aktion des Monats“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

erfreulicherweise erreichen die Bundesgeschäftsstelle immer wieder Berichte über besonders erfolgreiche Aktionen, die von den CDU-Landesverbänden, den Kreisverbänden, den Ortsverbänden oder den Vereinigungen durchgeführt werden.

Wir möchten gerne dazu beitragen, daß solche Aktionen in der gesamten Partei bekannt werden und den besonders engagierten Parteimitgliedern gleichzeitig ein kleines Dankeschön sagen.

So soll mit Ihrer Hilfe eine Ideenbörse initiiert werden, die auch andere Parteimitglieder dazu anregt, in ähnlicher Weise aktiv zu werden.

Ab Juli 1993 möchten wir aus den eingesandten Berichten regelmäßig eine „Aktion des Monats“ auswählen. Das ausgewählte Beispiel wird dann in UID und Monatsmagazin dargestellt, und die beteiligten Mitglieder erhalten von der Bundesgeschäftsstelle eine kleine Auszeichnung. Besonders erfolgreiche und originelle Aktionen sollen auch im Rahmen unserer Bundesparteitage vorgestellt werden.

Ich möchte Sie herzlich bitten, durch das Einsenden entsprechender Vorschläge zum Gelingen dieser Aktion beizutragen. Um die Kreativität und den Ideenreichtum unserer Parteimitglieder voll zum Tragen kommen zu lassen, verzichten wir auf jegliche eingrenzende Vorgabe. Das heißt, alle Arten von Aktionen können grundsätzlich vorgeschlagen werden und alle Gliederungen, aber auch alle Einzelpersonen unserer Partei, sind vorschlagsberechtigt.

In der CDU-Bundesgeschäftsstelle wird eine Auswahlkommission eingerichtet, die einmal im Monat darüber entscheidet, welche Vorschläge ausgezeichnet werden. Die Aktion soll im Juli d. J. beginnen und wir wollen sie zunächst bis zum Dezember 1994 begrenzen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie durch das Einsenden von Berichten über eigene Veranstaltungen bzw. Hinweisen über Veranstaltungen, die in Ihrem Bereich durchgeführt wurden, zum Gelingen der Aktion beitragen würden (in der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist Frau Petzchen, Telefon [02 28] 54 43 73, für die Durchführung der Aktion zuständig).

In der Hoffnung auf Ihre rege Beteiligung verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Ihr

Peter Friebe

Sommer, Sonne, CDU Aktionsvorschläge für den Sommer 1993

Die Deutschen sind bekannt für ihre Reiselust. Doch nicht alle können in den Sommerurlaub fahren. Das ist besonders schmerzlich für Kinder, die zu Hause bleiben müssen, während ihre Freunde sich an fernen Stränden tummeln oder durch Gebirgstäler wandern.

In vielen Kommunen gibt es deshalb interessante Programme für daheim gebliebene Kinder. Aber ein heißer Sommer bietet auch hervorragend Zeit und Gelegenheit für CDU-Verbände, vor Ort mit sympathischen Aktionen den Daheimgebliebenen eine Abwechslung zu verschaffen. Kostenloser Nebeneffekt: ein gutes Echo in der Presse. Nicht zuletzt kann eine „unpolitische“ Sommeraktion auch dazu beitragen, Mitglieder zu mobilisieren und somit eine erste Basis für die vor uns liegenden Wahlkämpfe schaffen. Hier einige Sommer-Aktionstips für unsere Verbände:

Kinder

CDU-Aktion „Saubere Spielplätze für unsere Kinder“

Viele Spielplätze sind in keinem sauberen und guten Zustand. Im Interesse ihrer Kinder sind gerade junge Eltern an einer sauberen Spiel-Umwelt für die Kleinen interessiert. Besonders für junge Frauen

in Deutschland steht eine saubere Umwelt ganz oben auf der persönlichen Wunschliste. Etwas sinnvolles für Umwelt und Kinder gleichzeitig zu unternehmen, ist nicht nur eine gute, sondern auch eine sehr sympathische Angelegenheit. Ein wirklich schönes Betätigungsfeld für alle, die Lust zum Mitmachen und eine gute Sache unterstützen wollen.

Durchführung: Genehmigung beim zuständigen Amt einholen. Bauunternehmer (Sand), Handwerker, Holzhändler, Gartenbaubetrieb und Spielwaren-Einzelhandel für die gute Sache gewinnen. CDU und Gäste bringen einen Spielplatz auf Vordermann — mit Reinigung, Bepflanzung, Reparatur und Verschönerung. Danach Übergabe-Kinderfest mit den Anwohnern und der örtlichen Presse.

Familien- und Kinderfest der CDU

Ein schönes Ferienerlebnis kann man auch zu Hause organisieren. Grillplätze, Sportplätze oder geeignete Örtlichkeiten gibt es überall. Und mit „Bordmitteln“ und ein wenig Phantasie lassen sich schöne Programme für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen gestalten. Für die Kleinen: Kinderspiele, Kasperl-Theater, Ponyreiten oder Kutschfahrt. Für die etwas älteren Kinder: Schnitzeljagd, Fahrrad-Rallye oder

Fahrrad-Geschicklichkeits- oder -Verkehrssicherheitswettbewerb (evtl. mit Verkehrswacht oder Polizei). Anschließend großes Grillen. Und wenn es dunkel wird: Lagerfeuer mit Gitarrenmusik und Geschichten.

Umwelt

CDU-Kultursommer „Kunst und Natur“

Matinee oder „Künstler-Abend“ unter dem Motto „Natur und Umwelt“. Regionale Musiker (Streichquartett, Sänger, Chor), Maler, Keramikünstler, Töpfer, Bildhauer, Seidenmaler, Glasmaler, Dichter oder Schriftsteller gestalten eine Veranstaltung, die sich thematisch um das Motto dreht.

Im Vorfeld einer solchen Veranstaltung könnte ein regionaler Künstlerwettbewerb zum Thema ausgelobt werden. Extra für den Wettbewerb hergestellte oder eingeübte Stücke werden auf der Veranstaltung dargeboten.

Wichtig: Die Veranstaltung sollte ein gehobenes Niveau haben. Der Eintrittspreis und Erlös sollte einem guten Zweck im Bereich Umwelt- und Naturschutz zugutekommen.

CDU „Natur-Tour“

Wandern oder Radfahren zu aktuellen oder vorbildlich gelösten Problemfeldern in der Gegend. Eine Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen, neuen Kontakten und umweltpolitischer Information. Wenn ein örtlich bekannter CDU-Vertreter — Bundestagsabgeordnete(r), Landtagsabgeordnete(r) oder Bürgermeister(in) — mitmacht, kann die Aktion noch an Attraktivität gewinnen.

Für die „gute Sache“

Heimat-Rallye „Alt und Jung – Zu Hause neu entdecken!“

Wander-Rallye oder Orientierungsfahrt mit gemischten Teams aus Senioren und jüngeren Leuten. Gewinnen kann nur, wer sowohl die Heimat von früher kennt, als auch Kenntnis von den neuesten Entwicklungen hat. Beispiel: Dem Aufgabenzettel ist ein altes Foto mit einem Haus beigelegt. Adresse und heutige Bewohner müssen herausgefunden werden. An einem aktuellen Jugend-Treff müssen Aufgaben gelöst werden. So lernen sich alle Teilnehmer untereinander kennen und erfahren gleichzeitig viel über früher und heute. Bei einem anschließenden, zünftigen Grillfest werden die Sieger geehrt. Das Startgeld der Teams wird einem guten Zweck zugeführt.

24 Stunden Familien-Schwimmstaffel

Eine Aktion für Orte mit Freibädern oder Badeseen. CDU organisiert unter Beteiligung örtlicher Unterstützer (Sportgeschäft, Getränkehandel, etc.) ein großes Familien-Spektakel. Im Mittelpunkt steht die Durchführung einer 24 Stunden „Endlos-Staffel“ im Wasser, an der sich Familien, Vereine oder Gruppen — nach Entrichtung eines Startgelds — beteiligen können. Drumherum ein Rahmenprogramm mit Sport, Spiel, Spaß, Unterhaltung und Information. Zum Beispiel: Bademodenschau, Beach-Party, Talk-Show, Versteigerung oder Dart-Turnier. Das Startgeld sowie sonstige Erlöse kommen einem guten Zweck zugute. Alle Teilnehmer an der Staffel bekommen eine Urkunde der CDU und ihre Namen werden — wenn möglich — in einer regionalen Zeitung veröffentlicht. ■

Sommerwerbemittel

Nr.	Artikel		Preis
9542	Europa-Straßenkarte (siehe Abb.)	10 Expl.	29,— DM
9488	Auto-Fensterschwamm	10 St.	29,— DM
9292	Bierdeckel	600 St.	21,— DM
9387	Punch-Ball, aufblasbarer Spezialluftballon mit Spielmöglichkeit ähnlich dem Jo-Jo	10 St.	14,— DM
9258	Stundenplan; das Sommerende bedeutet für die Kinder immer auch den Beginn des neuen Schuljahres	250 St.	20,— DM
9487	NEU — Europa-Wasserball (blau mit gelben Sternen)	25 St.	35,— DM
9260	Winddrachen (mit 25 m Schnur)	5 St.	16,— DM
9442	Shopper-, Einkaufs-, Strand- und Badetasche	5 St.	40,— DM
	Europa-Shirt T-Shirt aus 100% Baumwolle mit Kapuze, ideal für Freizeit und Sport		
9390	Größe L	1 St.	17,50 DM
9391	Größe XL	1 St.	17,50 DM
9392	Größe XXL	1 St.	17,50 DM
9614	Lederfußball mit CDU Euro-Logo	1 Ball	25,80 DM
9253	Riesenballon-Set (1 × schwarz, 1 × rot, 1 × gold)	1 Set	22,— DM
8175	Schöne Ferien DIN A1	50 Expl.	25,— DM
7277	Vorsichtig fahren (zum Schulanfang), Poster DIN A1	50 Expl.	36,— DM
7441	Augen auf, Schule hat begonnen, Poster DIN A1	50 Expl.	36,— DM
7519	Wir machen uns stark für Europa, Poster DIN A1 (siehe Abb.)	50 Expl.	32,— DM
8269	Sommer mit der CDU — Rahmen-Eindruckplakat DIN A1 zur Ankündigung Ihrer Sommerveranstaltungen (siehe Abb.)	50 Expl.	38,— DM

Alle Preise inklusive Versand zuzüglich MwSt.

Sommer-Werbemittel

WIR MACHEN UNS STARK FÜR
EUROPA

DIE
EUROPA-
STRASSEN

E10 E1 E53 E5

Das europäische Fernstraßen-Netz 1:4,5 Mio.

CDU

Die deutsche Europa-Partei

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Vermold

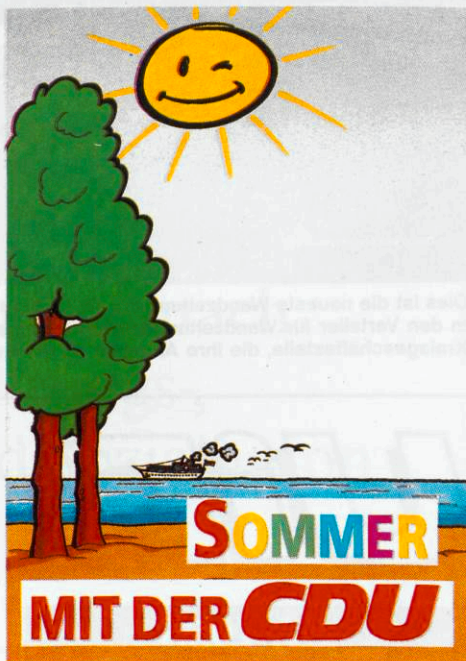
Fax (0 54 23) 4 15 21

Ab 1. 7. 1993:

Postfach 1164

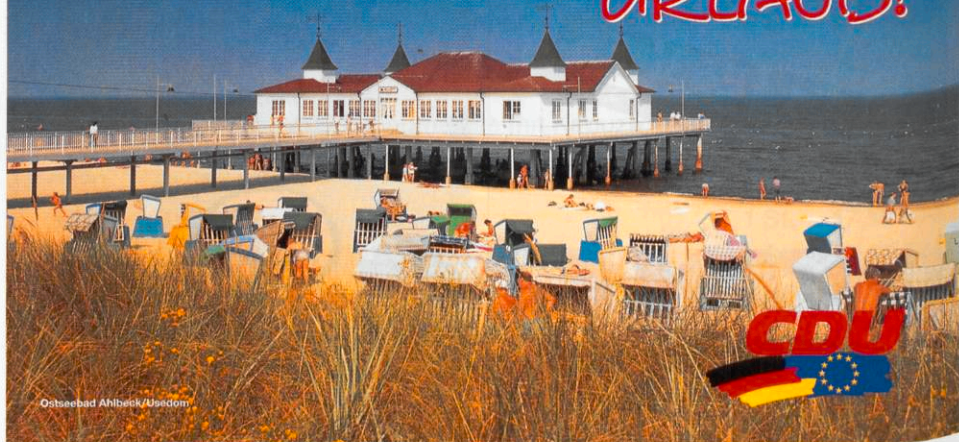
33759 Vermold

WIR MACHEN UNS STARK FÜR
EUROPA



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

EINEN
SCHÖNEN
URLAUB!



Ostseebad Ahlbeck/Usedom

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

21/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5 44-4 21. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 19 379 5-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.